

Erklärung zum Antikriegstag am 1. September 2024

Gegen den Krieg – Solidarität mit der Ukraine – Frieden im Nahen Osten

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Der vom nationalsozialistischen Gewaltregime entfesselte Krieg hat bis 1945 etwa 65 Millionen Tote gefordert – Soldaten wie Zivilisten. Und für Hunderte von Millionen Überlebender bedeutete dieser Krieg Zerstörung, Hunger, Not und Elend, Verlust ihrer Heimat und der materiellen Existenz.

Die Erinnerung an diese größte kriegerische Katastrophe der Menschheitsgeschichte mahnt uns auch heute zum Frieden. Sie mahnt uns, alles dafür zu tun, damit sich so etwas nie wiederholen kann. Sie mahnt uns zur friedlichen Zusammenarbeit der Völker und zur Ächtung des Krieges als Mittel der Politik. Und sie mahnt uns zur Absage an Rassismus, Nationalismus und Chauvinismus.

Dieser Tag mahnt uns aber auch zur Solidarität mit den Opfern kriegerischer Aggression. Im Jahr der 85. Wiederkehr des deutschen Überfalls auf Polen sind wir heute in Europa mit der Wiederkehr des Krieges konfrontiert. Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen offenen Angriffskrieg gegen einen souveränen Nachbarstaat, die Ukraine. Dieser Angriff erinnert an den Überfall des Nazi-Regimes auf Polen 1939. Erstmals seit 1945 versucht ein europäischer Staat, die Existenz eines anderen unabhängigen Staates mit den Mitteln militärischer Gewalt zu vernichten und Grenzen gewaltsam zu verschieben.

Als Opfer der russischen Aggression hat die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung. Sie nimmt es entschlossen und wirksam wahr. Wir aber haben die moralische und politische Verpflichtung, dem Opfer der Aggression beizustehen und wirksame Unterstützung zu leisten. Wirksame Unterstützung bedeutet in diesem Fall nicht nur, dass wir die Ukraine moralisch, politisch, ökonomisch und humanitär unterstützen. Sie bedeutet auch, dass wir militärische Hilfe leisten. Würden die westlichen Demokratien diese militärische Unterstützung nicht leisten, gäbe es die Ukraine als souveränen Staat wahrscheinlich nicht mehr.

Der Wille zum Frieden und das Gebot wirksamer Unterstützung der Opfer eines Angriffskrieges sind nicht einfach miteinander zu verbinden. Auch westliche Waffen töten. Deshalb fällt auch uns die Zustimmung zu Waffenlieferungen nicht leicht. Aber die Verteidigung der Ukraine muss erfolgreich sein, weil die Logik der Gewalt nicht über das Recht und den Grundsatz der friedlichen Kooperation triumphieren darf. Deshalb muss unsere Unterstützung der Ukraine anhalten.

Wir wollen, dass dieser Krieg bald ein Ende findet, dass Tod, Gewalt und Zerstörung aufhören. Wir setzen darauf, dass die Ukraine stark genug ist, damit Russland einem für die Ukraine akzeptablen Verhandlungsfrieden zustimmen muss.

Das Recht auf Selbstverteidigung gilt auch für Israel. Mit dem brutalen Überfall der Hamas-Terroristen am 7. Oktober 2023, mit dem Abschlachten von mehr als 1200 Menschen und der Entführung von Hunderten von Geiseln haben die Konflikte zwischen Israel und palästinensischen Terrorgruppen eine beispiellose Eskalation erfahren. Israel sieht sich in seinem Existenzrecht bedroht. Tatsächlich war der Angriff der Hamas der schlimmste Massenmord an Juden seit der Shoah. Und die vielen Anzeichen eines neuen Antisemitismus auch in vielen Teilen der westlichen Welt zeigen, dass das Bedrohungsgefühl, das jüdische Menschen nicht nur in Israel heute empfinden, eine sehr reale Grundlage hat.

Israel hat das Recht, sich gegen terroristische Angriffe zu verteidigen. Militärische Aktionen in Gaza mit dem Ziel der Zerschlagung der militärischen Strukturen der Hamas sind durch das Völkerrecht gedeckt. Das Völkerrecht rechtfertigt aber nicht jede Art des gewaltsamen Vorgehens. Gerade von der einzigen Demokratie im Nahen Osten muss erwartet werden, dass sich das Militär am Prinzip der

Verhältnismäßigkeit und einer Schonung der Zivilbevölkerung in Gaza orientiert. Eine Strategie des gezielten Aushungerns ist nicht durch das Völkerrecht gedeckt.

Die Solidarität mit Israel und der Kampf gegen jede Form des Antisemitismus bedeuten nicht, dass wir uns mit Kritik am Vorgehen der derzeitigen israelischen Regierung zurückhalten müssten. Sicher ist es nicht möglich, von hier aus Einzelfragen der Angemessenheit militärischer Aktionen zuverlässig zu beurteilen. Eindeutig aber lässt sich urteilen, dass die Regierung Netanjahu bis heute keinen klaren Plan zu einer politischen Lösung des Konflikts erkennen lässt. Damit schwächt sie auch die internationale Unterstützung bei der Verteidigung des Existenzrechts Israels.

Die Menschen in Gaza, aber auch die Menschen in Israel brauchen eine Waffenruhe. Die Geiseln müssen endlich freikommen. Längerfristig aber braucht es eine politische Lösung für die Region, die ein friedliches Zusammenleben von Israelis und Palästinensern möglich macht. Das kann nur im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung möglich werden.

Der Krieg in der Ukraine und der Nahostkonflikt stehen heute besonders im Blickpunkt. Wir dürfen darüber aber auch die zahlreichen anderen kriegerischen Konflikte in der Welt nicht aus dem Blick verlieren – im Sudan, in Mali, in Jemen und anderswo.

Der Anti-Kriegs-Tag am 1. September erinnert uns alle an die Schrecken des Krieges. Er mahnt uns, im Einsatz für Frieden und gewaltfreie Konfliktlösungen nicht nachzulassen. Er verpflichtet uns aber auch zur Solidarität mit den Opfern militärischer Aggression. Gegen den Krieg zu sein, bedeutet am 1. September 2024 auch, solidarisch mit den Menschen in der Ukraine zu sein, die dort Freiheit und Selbstbestimmung verteidigen. Und es bedeutet, dass wir uns mit allen unseren Möglichkeiten für eine friedliche Lösung im Nahen Osten einsetzen.

Initiative Zeitenwende Marburg
Bündnis 90/Die Grünen Marburg
Die Marburger SPD
CDU Marburg
Deutsch-ukrainischer Verein MAVKA
Pulse of Europe